

„Auffallend, diese Parallele mit Seveso“

Dioxin (III): Betriebsverbot für Boehringer – Wende in der westdeutschen Chemiepolitik?

Mit der Hamburger Chemiefirma Boehringer mußte letzte Woche erstmals ein westdeutsches Unternehmen aus Umweltgründen die Tore schließen. Interne Unterlagen der Dioxin-Fabrik belegen, daß westdeutsche Chemie-

konzerne frühzeitig von gesundheitlichen Risiken bestimmter Herstellungsverfahren wußten. Dennoch wurde weiterproduziert. Die Unternehmen profitierten auch vom Einsatz chemischer Waffen in Vietnam.

Thea Bock, Fraktionsvorsitzende der Grün-Alternativen Liste (GAL) in der Hamburger Bürgerschaft, hatte Grund zur Freude: „Das war wie Weihnachten, Ostern und Geburtstag auf einmal.“

Frau Bock meinte den Montag vergangener Woche. An diesem Tag verbuchte die Umweltschützerin einen dreifachen Erfolg:

- ▷ In den frühen Morgenstunden stand fest, daß die GAL bei der Europawahl mit 12,7 Stimmenprozenten das beste aller jemals erzielten grünen Landes-Ergebnisse erreicht hatte; die Hamburger SPD dagegen bekam mit einem sensationellen Stimmen-Minus von 10,2 Punkten „die Quittung für das katastrophale Versagen in Umweltfragen“ (GAL).
- ▷ Um 15 Uhr beschloß Thea Bock gemeinsam mit anderen Mitgliedern eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, unterstützt durch Kripo-Beamte, im Hamburger Werk der Chemiefirma C.H. Boehringer Sohn 430 Aktenordner. Nachdem die Chemiegifte der Fabrik mit Mißbildungen bei Hamburger Babys in Verbindung gebracht worden waren, erhofften sich die Politiker vom Inhalt der Ordner Aufschluß über den Verbleib von dioxinhaltigen Boehringer-Abfällen.
- ▷ Am Spätnachmittag desselben Tages verkündete die Boehringer-Zentrale im rheinhessischen Ingelheim die Schließung ihres Hamburger Werkes, in dem bei der Produktion von Pflanzen- und Insektenvernichtungsmitteln hochgiftige Dioxine angefallen waren; Stunden zuvor hatte das Hamburger Verwaltungsgericht eine Senatsauflage für rechtens erklärt, der zufolge bei Boehringer praktisch kein Seveso-Gift mehr entstehen darf.

Daß ein Chemiewerk mit 224 Arbeitsplätzen aus Umweltschutzgründen geschlossen wurde, ist ein bundesdeutsches Novum. Den Anlaß für den einzigartigen Staatsakt lieferte Dioxin – die wohl giftigste aller synthetischen Substanzen, jener Stoff, der weltweit durch Vietnam und Seveso bekannt geworden ist und der wie kein anderer für die Bedrohung des Menschen durch die Chemie steht.

Das Aus für Boehringer könnte weitreichende Folgen für Wirtschaft und Umweltschutz in der Bundesrepublik haben. Chemie-Manager diskutierten letz-



Boehringer-Werk, Demonstrant: „Es geht um die Zukunft der chemischen Industrie“

te Woche schon, wo das nächste Werk geschlossen werden könnte. Boehringer-Sprecher beklagten den Beginn einer „verhängnisvollen Entwicklung“: Wenn die Hamburger Öko-Politik Schule mache, wären „Kraftwerke, Entsorgungsanlagen, ja sogar Straßen-, Schienen- und Luftverkehr ebenfalls betroffen“.

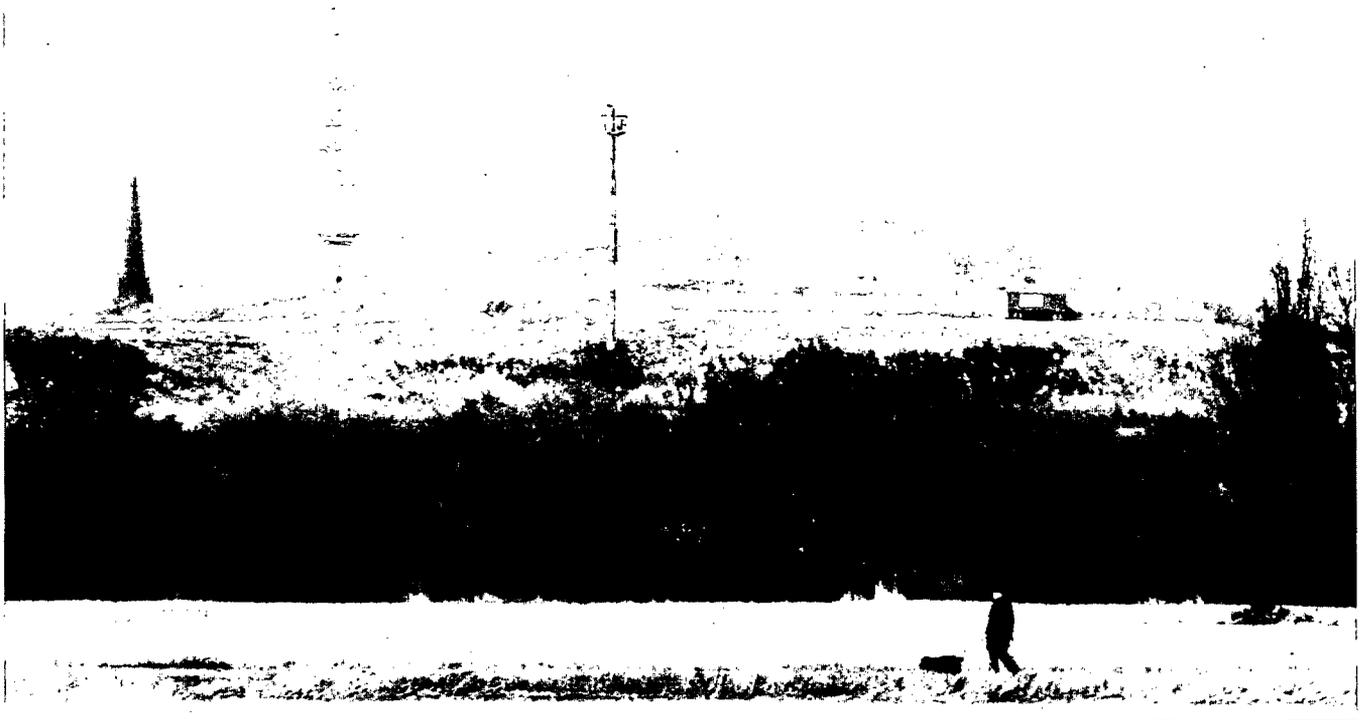
Den Wendepunkt in der Ökologie-Politik hatte Hamburgs Umweltsenator Wolfgang Curilla markiert. Nachdem der Sozialdemokrat jahrelang die von Boehringer ausgehenden Umweltrisiken teils verniedlicht, teils verheimlicht hatte, kam er nun den Forderungen von Wissenschaftlern, Bürgerinitiativen und Grün-Alternativen nach.

Zu dem spektakulären Schritt, Boehringer zur Betriebsschließung zu zwingen, sah sich Curilla genötigt, nachdem er unabhängige Wissenschaftler in die Lindan-Anlage von Boehringer geschickt hatte. Die Kundschafter stießen in der Chemiefabrik auf „etwas Schreckliches“ (so ein Hamburger Umweltbeamter): Im sogenannten Zersetzerrückstand, der bei der Produktion des Insektengifts Hexachlorcyclohexan (HCH) entsteht, fanden Chemiker der Ergo Forschungsgesellschaft 46,5 Gramm Dioxine pro Kilogramm, darunter das Seveso-Gift 2,3,7,8-TCDD und dessen hochtoxische Verwandte.

Curilla ordnete an, daß die Firma ihre Abfälle nicht mehr transportieren dürfe und ab sofort ihre Dioxin-Emission auf nahezu Null verringern müsse – Bedingungen, die Boehringer für „unerfüllbar“ hält. Obgleich Boehringer-Werksleiter Werner Krum in nächtlichen Gesprächen mit Curilla auf die Bedrohung der Arbeitsplätze verwies, die Meßergebnisse anzweifelte und eine Gefährdung der Umwelt ausschloß, blieb Curilla hart. Das Hamburger Verwaltungsgericht gab dem Senator recht.

Auch Boehringer-Arbeitnehmer, denen Krum bis zuletzt erzählt hatte, im Werk falle kein Seveso-Gift an, meldeten sich nun kritisch zu Wort. „Bisher haben wir uns im Bekanntenkreis immer für die Firma geschlagen“, beklagte einer auf einer Betriebsversammlung, „wie stehen wir denn da? Wir haben doch unsere Glaubwürdigkeit verloren.“ Ehefrauen von Arbeitern trösteten ihre Männer: „Lieber arbeitslos als krebskrank durch Dioxin.“

Massive Kritik an Boehringer übte erstmals auch die IG Chemie. Die Firmenleitung sei leichtfertig mit der Gesundheit der Mitarbeiter umgegangen und habe durch Geheimnistuerei gegenüber Senat und Öffentlichkeit die Arbeitsplätze verspielt. „Die Unternehmenspolitik“, resümierte vergangene



Giftmüllberg in Hamburg-Georgswerder: „Schlimmer als in Seveso“?

Woche ein Gewerkschaftsfunktionär, „grenzt an Verbrechen.“

Im Hamburger Landesparlament schweißten die Giftfunde Politiker von CDU, SPD und GAL zu einer Anti-Dioxin-Koalition zusammen. Alle Parteien stärkten Curilla den Rücken und sprachen sich für die Schließung des Betriebes aus.

Ein Gremium internationaler Dioxin-Experten, die vorletzte Woche auf einem Symposium in Hamburg über die Gefahren diskutierten, die vom Müllberg im Stadtteil Georgswerder ausgehen, hatte die Politiker alarmiert. Außer in Hamburg gebe es, erklärte der Medizin-Professor Samuel Epstein aus Chicago, „keinen Ort auf der ganzen Welt, wo so viele krebserregende Substanzen auf so engem Raum in so großer Nähe einer Großstadt konzentriert sind“.

Wissenschaftler, die in Seveso und der mittlerweile evakuierten Love-Canal-Region im US-Bundesstaat New York Dioxin-Erfahrungen gesammelt haben, kritisierten harsch die Hamburger Regierung: Die Probleme in der Hansestadt seien „schlimmer als in Seveso“, die Behörden hätten die Gefahren für die Bürger „beträchtlich unterschätzt“.

Die Wissenschaftler beklagten, daß die Deponie in Georgswerder bis heute nicht hermetisch von der Umwelt abgeriegelt ist. Der Senat müsse schleunigst Reihenuntersuchungen der Anwohner vornehmen lassen, die Luft kontrollieren und verhindern, daß weiterhin dioxinhaltiger Staub in die Stadt geweht werde. Der italienische Seveso-Experte Angelo di Domenico zu Curilla: „Ich flehe Sie an, unternehmen Sie sofort etwas.“

Um Curilla das Handeln zu erleichtern, schrieben fünf angesehene Wissenschaftler – eine Weltpremiere – gemeinsam Höchstwerte für „das stärkste bekannte synthetische Gift, Teratogen und Kanzerogen“** auf. Zwar sei der „einzige ungefährliche Grenzwert für TCDD-Belastungen Null“. Doch da Dioxine mittlerweile allgegenwärtig sind, legten die Experten Maximalwerte für 2,3,7,8-TCDD im Femtogramm-Bereich*** fest; 0,000 000 000 000 001 Gramm sind ein Femtogramm.

Curilla brachte die Expertenzahlen sofort in den Verwaltungsrechtsstreit mit Boehringer ein. Nach der ersten Entscheidung hofft er nun, daß die Hamburger Werte auch von anderen westdeutschen Gerichten als rechtsverbindliche Normen bestätigt werden.

Eine andere Möglichkeit wäre, daß Bonn den Dioxin-Höchstmengen Gesetzeskraft verleiht. Damit aber ist, wenn überhaupt, nicht so schnell zu rechnen. Die Bonner lassen sich, wenn es um Chemie und Umwelt geht, erfahrungsgemäß reichlich Zeit. So versprach Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) vor gut einem Jahr, als halb Europa nach den verschwundenen Dioxin-Fässern aus

* Durch die GAL-Vorsitzende Thea Bock, am Montag vergangener Woche.

** Teratogen: Stoff, der Mißbildungen bei Föten auslöst; Kanzerogen: krebsauslösender Stoff.

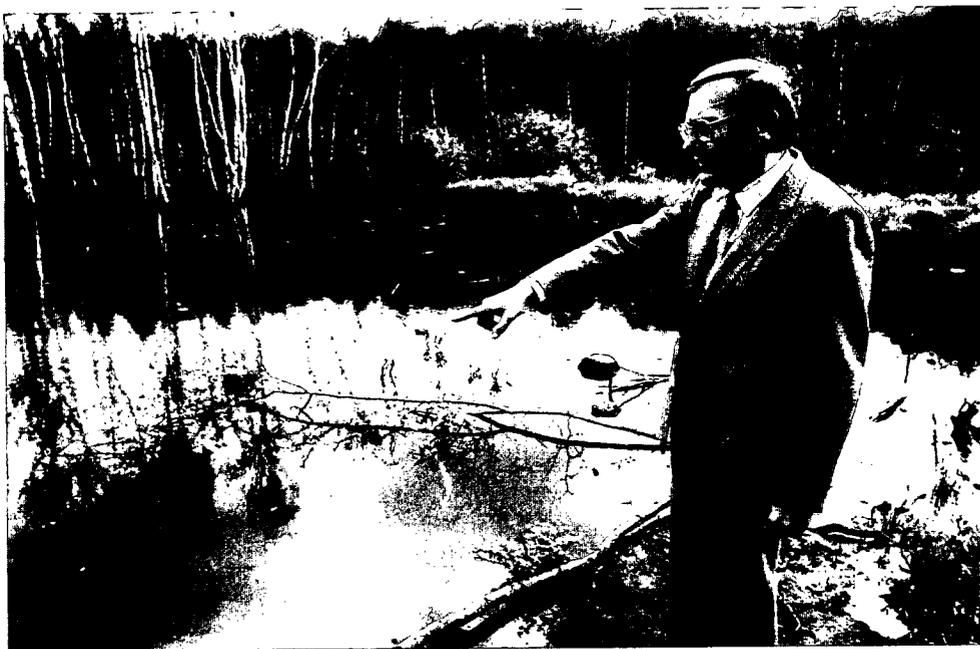
***In Hamburg empfohlene Höchstwerte für Böden in Wohngebieten: 0,000 000 040 Gramm pro Kilogramm; für landwirtschaftlich genutzte Böden: 0,000 000 005 Gramm pro Kilogramm; für Oberflächen- und Grundwasser: 0,000 000 000 000 01 Gramm pro Liter; für Luft: 0,000 000 000 000 04 Gramm pro Kubikmeter; für Industrie-Abfälle: 0,000 001 Gramm pro Kilogramm; akzeptable Tagesdosis für Menschen: 0,000 000 000 001 Gramm pro Kilogramm Körpergewicht.

Seveso suchte, „schnellstens“ die Bestimmungen für Chemikalien Transporte zu verschärfen. Der Entwurf schmort bis heute im Kabinett.

Und noch immer darf in der Bundesrepublik das dioxinhaltige Pflanzenvernichtungsmittel 2,4,5-T produziert und angewendet werden. Im Innenausschuß des Bundestages lehnte die liberalkonservative Mehrheit im März einen Antrag der SPD ab, den Pflanzenkiller wie in den Niederlanden, in Italien, Däne-



Aktenbeschlagnahme bei Boehringer*
„Wie Weihnachten, Ostern, Geburtstag“



Hamburger Umweltsenator Curilla: Rechtsstreit um 0,000 000 000 001 Gramm

mark, Schweden, Norwegen, Japan und der UdSSR zu verbieten. Noch heute, klagt die Sozialdemokratin Beate Weber, Vizevorsitzende des Umweltausschusses im Europaparlament, „wird dieses Mittel in der Bundesrepublik von Flugzeugen aus großflächig versprüht“.

Halbherzigkeit kennzeichnet weite Bereiche der Bonner Umweltpolitik. So legte die Bundesregierung im Mai einen Gesetzentwurf vor, nach dem der Schutz vor Pflanzenvernichtungsmitteln verstärkt werden soll. Doch es fehlt an Prüfkriterien in dem Gesetz, nach denen etwa festzustellen ist, ob ein Stoff Krebs erregen kann. Und lückenhaft geregelt ist auch der Schutz der Verbraucher vor den Rückständen von Agrar- und Umweltchemikalien in Nahrungsmitteln.

Zwar gibt es einzelne Pflanzenvernichtungsmittel-Höchstmengen. Wenn die Werte aber zu oft überschritten werden, setzen die Behörden, wie Untersuchungen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ergaben, die Limits schlicht herauf. Auf diese Weise solle, kommentierte der BUND die skandalöse Praxis, „die Beanstandungsquote der Lebensmitteluntersuchungssämter verringert“ werden.

Der Industrieverband Pflanzenschutz beschrieb 1978 in seiner Mitgliederzeitschrift unverhüllt, wie diese Methode zugunsten des Boehringer-Produkts 2,4,5-T angewandt wurde:

Für 2,4,5-T wurde 1963 eine Höchstmenge (Toleranz) für Blattgemüse und sonstige Sproß-, Frucht- und Wurzelgemüse von 0,01 ppm* festgesetzt ... In der Novelle der Höchstmengenverordnung wurde die 2,4,5-T-Höchstmenge für alle pflanzlichen Lebensmittel auf 0,05 ppm erhöht, da Rückstandsuntersuchungen ergeben hatten, daß bei den bisherigen und weiterhin zugelassenen Aufwandmengen

des 2,4,5-T Rückstände von 0,05 ppm zurückbleiben können.

In Pilzen reichert sich das Gift besonders stark an. Gleichwohl setzte Bonn die Schwelle auch hier nicht etwa weit herab, sondern herauf: von 0,05 auf 2,0 Milligramm 2,4,5-T pro Kilogramm.

Ähnlich wie bei den Pilzen operierten die Behörden beim Pils. Hopfen, Grundstoff des wegen seiner Reinheit gerühmten deutschen Bieres, wird nach einer Studie des BUND jährlich zwanzigmal oder mehr mit Bioziden behandelt. Dennoch (oder gerade deshalb?) ist die Bierpflanze als einziges Lebensmittel von den Grenzwerten für die meisten Agrarchemikalien ausgenommen.

Auch die Entstehung des sogenannten Chemikaliengesetzes, das 1982 in Kraft trat, belegt das Zusammenwirken von Staat und Industrie zum Nachteil der Verbraucher. Dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) gelang es durch Einflußnahme auf Regierung und Parlament, den Entwurf dieses „Gesetzes zum Schutz vor gefährlichen Stoffen“ weithin zu verwässern.

„Keine andere Interessengruppe“, schreibt die Berliner Politologin Monika Zimmermann in einer Studie über den „Machtfaktor chemische Industrie“, „hat so frühzeitig, so stark und so erfolgreich interveniert.“ Das Gesetz, das eigentlich sicherstellen sollte, daß nur für den Menschen ungefährliche Substanzen auf den Markt kommen, weist eine Reihe schwerwiegender Mängel auf:

▷ Zwar muß jede neuentwickelte Chemikalie angemeldet und ihre Ungefährlichkeit dargelegt werden. Die Zulassungsbeamten müssen sich jedoch auf die Forschungsergebnisse der Industrie verlassen, Nachprüfungen in staatlichen Labors sind nicht vorgesehen.

▷ Innerhalb von nur 45 Tagen sollen fünf Bundesbehörden anhand der eingereichten Firmenakten feststellen, ob ein neues Produkt gefahrlos in den Handel gelangen darf. „Mehr als eine oberflächliche Plausibilitätsprüfung“, sagt der hessische Umweltministeriale Fritz Vahrenholt, „ist da einfach nicht drin.“

▷ Alle Stoffe, die vor dem 18. September 1981 in der Europäischen Gemeinschaft auf dem Markt waren, müssen grundsätzlich nicht überprüft werden; diese „Altstoffe“ werden lediglich registriert.

„Rechtzeitig vor dem Stichtag“, weiß Vahrenholt, „hat die chemische Industrie alles eintragen lassen, was in den Labors auch nur halbwegs vermarktungsfähig war.“ Dieser Umstand könnte erklären, warum seit Inkrafttreten des Gesetzes nur eine einzige Substanz angemeldet worden ist.



Boehringer-Werksleiter Krum
Gefahren unterschätzt

Mit dem Chemikaliengesetz, kritisiert Vahrenholt, sei, wieder einmal, eine „Chance vertan“ worden, den Ausstieg aus der „harten Chemie“ zu fördern: „Anstatt die Menschen weiterhin als Versuchskaninchen mit immer mehr Schadstoffen zu belasten, hätte man schon längst eine Strategie zur Entgiftung entwickeln müssen.“

Vahrenholt meint, daß verstärkt Ersatzsubstanzen etwa für hochgiftige Schwermetalle wie Cadmium oder Halogenierte Kohlenwasserstoffe eingesetzt werden müßten. Bei vielen Produkten sei eine solche „Substitution“ sofort realisierbar. Umgehend verboten werden müsse, fordert der Ministerialbeamte, beispielsweise die Verwendung giftiger Holzschutzmittel in Innenräumen.

Den womöglich größten Effekt versprechen sich Anhänger einer „sanften Chemie“ wie Vahrenholt vom Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente: „Wenn die Kosten für die Beseitigung

* ppm: parts per million. Teile pro Million Teile.

Dieser Stuhl sieht
so aus,
wie er funktioniert:
besser.



FS-Linie, Design Franck/Sauer.

Besser wäre schon, es brauchte nicht all die Hebel und Knöpfe, damit ein Stuhl den individuellen Sitzwünschen angepaßt werden kann.

Dachten wir. Und fanden für unsere FS-Linie ein System, durch das sich der Stuhl jeder Körperbewegung anpaßt. Ganz von alleine. Und ganz ohne schwerfällige Technik.

Und deshalb sehen die FS-Modelle auch besser aus. Gefällig statt schwerfällig.

Bitte verlangen Sie ausführliche Unterlagen über unser Gesamtprogramm.

Wilkhahn. Sitzt.

Wilkhahn, D-3252 Bad Münster 2, Tel. (05042) 801-0.
Wilkhahn AG Bern, Wilkhahn S. à r. l. Paris,
Wilkhahn S.A. Madrid
Und weitere Vertretungen in 27 Ländern.

gefährlicher Substanzen nicht mehr von der Gesellschaft, sondern von den Produzenten getragen werden müßten, gäbe es wesentlich weniger giftige Stoffe.“

Recycling hingegen, von vielen Ökologen als Patentrezept zur Entgiftung der Umwelt gepriesen, könnte den Schaden unter Umständen noch vergrößern. Denn ein bedeutender Teil jener Substanzen, die im Verdacht stehen, Krebs und Mißbildungen auszulösen, entsteht durch das Bestreben von Chemiefirmen, aus Produktionsrückständen neue Waren zu entwickeln. Auf diese Weise geraten immer mehr Supergifte wie Dioxin in das Wasser, den Boden und die Luft. „Wir müssen den Mut haben, nicht aus jedem gefährlichen Nebenprodukt noch

risiko – formuliert, die seit 1980 in Kraft ist. Doch in Baden-Württemberg etwa, wo beim Holzschutzmittel-Hersteller Dynamit-Nobel in Rheinfelden jährlich rund 2,8 Tonnen Dioxine und Furane anfallen, gilt die Verordnung erst seit wenigen Wochen. Vier Jahre lang hatte die Landesregierung behauptet, ein Störfall wie in Seveso sei in Rheinfelden, wohin Boehringer Vorprodukte lieferte, „undenkbar“. Tätig wurde die Stuttgarter CDU erst, als Umweltschützer nachgewiesen hatten, daß in Rheinfelden sehr wohl massenhaft toxische Stoffe entstehen (SPIEGEL 22/1984).

„Es ist die Politik von Regierungen“, kommentierte die sozialdemokratische Wochenzeitung „Vorwärts“, „nur soviel



Boehringer-Arbeitnehmer: „Lieber arbeitslos als krebskrank“

ein Wirtschaftsgut machen zu wollen“, rät Vahrenholt, „und mehr Stoffe zu Abfall erklären.“

Als Produktionsrückstand anfallendes Cadmium etwa dürfte, fordert der Umweltbeamte, nicht länger zu Farben weiterverarbeitet werden. Halogenierte Kohlenwasserstoffe gehörten in spezielle Verbrennungsanlagen, in denen bei Temperaturen von mehr als 1200 Grad selbst Dioxine zersetzt werden können.

Wie weit entfernt die westdeutsche Umweltpolitik von solchen Strategien ist, zeigt das Defizit beim Vollzug bereits vorhandener Gesetze. „Wir haben bei der Kontrolle der Chemieindustrie“, kritisiert der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve, „einen Staat, der nicht zupackt, sondern zuzuckt.“

So wurde zwar nach dem Seveso-Unglück in Bonn eine Störfall-Verordnung – eine Vorschrift zur Gefahrenabwehr in Produktionsstätten mit hohem Umwelt-

Gefährdung zuzugeben, wie ihnen von draußen durch Öffentlichkeit nachgewiesen wird – weil sie den Bürger grundsätzlich für blöd halten.“

Daß dieser Eindruck entstehen konnte, hat vielerlei Ursachen. So ist das Erkennen möglicher Gefahren häufig überforderten Beamten überlassen, die schon Probleme mit der Rechtschreibung von Chemikalien-Namen wie Trichlorphenoxyessigsäure haben. Zum anderen liefern Wissenschaftler, auf deren Erkenntnisse sich staatliches Handeln stützen könnte, nur selten handfeste Daten.

Mit Vokabeln, die eigentlich zum Wortschatz von Theologen und Psychologen gehören, behelfen sich Naturwissenschaftler auf einem Dioxin-Kongreß Mitte Mai in Berlin. Was sie dort zur Wirkung von Dioxinen und Furanen vortragen, begann oder endete häufig unpräzise mit: „Ich glaube“, „ich vermute“, „ich meine“ und „nach meinem Gefühl“. „Typisch für dieses Wissensge-

Tina TURNER

New Album and Cassette Private Dancer

incl. Single-Hits
Let's Stay Together
and Help



LP 1C 064 2401521
MC 1C 264 2401524

Aktuelle Single:
What's Love Got To
Do With It
1C 006 2001917



Capitol

ELECTROLA

eilt - eilt

frankfurt, juni 1984

an: alle jungen leute zwischen 15 und 26

von: ameropa, dem reiseveranstalter der bahn

betrifft: verbilligte bahnfahrkarten kreuz und quer
durch deutschland und europa:

twen tickets eurotrain:

ab sofort gibt's diese tickets bei vielen fahrkarten-
ausgaben der deutschen bundesbahn.

mit twen tickets eurotrain spart ihr auf euren deutsch-
land- und europa-trips sage und schreibe bis zu 40 prozent
des bahnpreises. in fahrplanmaessigen zuegen. taeglich.
kombination mit vielen faehrverbindungen inklusive.

also, liebe freunde unter 26: nix wie hin zur db-fahr-
kartenausgabe - und bahnsparen mit twen tickets eurotrain.

gute reise wuenscht

ameropa, der reiseveranstalter der bahn.

biet“, resümiert Otto Hutzinger, Profes-
sor für ökologische Chemie an der Uni-
versität Bayreuth, „sind die vielen Unge-
reinheiten und Unzuverlässigkeiten.“

Auch der Hamburger Beamte, der für
die Reinigung der Abwässer der Hanse-
stadt zuständig ist, bekannte vorletzte
Woche vor dem Dioxin-Untersuchungs-
ausschuß Unwissen. Von Halogenierten
Kohlenwasserstoffen, deren prominente-
ste Vertreter Dioxine sind, habe er erst-
mals vor drei Jahren gehört. Ein Kolle-
ge, der die Boehringer-Abwässer kon-
trollieren soll, räumte ein, Chemie sei
nicht sein Fach.

So ist bisweilen schlicht Ignoranz die
Ursache von Verhaltensweisen, die sich
ausnehmen wie ein fein abgestimmtes,
gutgeschmiertes Miteinander von Behör-
den und Umweltschädigern. „Hand in
Hand“, reimten Hamburger Grün-Altern-
ative nach den Dioxin-Funden in der
Hansestadt über Boehringer und den
Senat, „vergiften sie das ganze Land.“

Das Versagen der Aufsichtsbehörden
in Sachen Dioxin reicht zurück bis in die
fünfziger Jahre. Damals bereits kamen
drei Wissenschaftler – der Hamburger
Mediziner Karl-Heinz Schulz, der Boeh-
ringer-Chemiker Georg Sorge sowie der
Leiter der Bundesforschungsanstalt für
Forst- und Holzwirtschaft, Wilhelm San-
dermann – dem Umstand auf die Spur,
daß das Boehringer-Produkt 2,4,5-T und
das Holzschutzmittel Pentachlorphenol
als Verunreinigung jenen Stoff enthal-
ten, der Chlorakne verursacht und später
als Seveso-Gift Schlagzeilen machte:
2,3,7,8-Tetrachlordibenzodioxin, kurz:
TCDD.

Im Jahre 1956 wollte Sandermann die
Welt vor dem Supergift warnen, doch die
Bundesregierung hinderte ihn daran.
Erst jetzt beschreibt der Holzforscher,
wie der einstige Landwirtschaftsminister
und spätere Bundespräsident Heinrich
 Lübke Veröffentlichungen über die
TCDD-Entdeckung untersagte:

Da TCDD ungemein giftig ist, verbot uns
damals unsere vorgesetzte Dienststelle
(Bundesministerium für Ernährung, Land-
wirtschaft und Forsten) jegliche weitere
Arbeit mit Halogenierten Dioxinen sowie
Publikationen über die ungewöhnliche
Giftwirkung mit der Begründung, daß das
billig herzustellende TCDD von mili-
tärischer Seite als Kampfstoff eingesetzt
werden könne. So blieb es bei einer
Publikation über Pentachlorphenol, in die
die Formel des TCDD „versteckt“ ohne
Hervorhebung seiner ungewöhnlichen
Giftwirkung eingefügt wurde.

Aus wirtschaftlichen Gründen war
auch Boehringer daran gelegen, daß die
brisante Entdeckung keine Verbreitung
fand. Die Angelegenheit war so heikel,
daß der Inhaber der Weltfirma persön-
lich eingriff. Mündlich und schriftlich
drang Dr. Ernst Boehringer darauf, von
einer Publikation der „Erkenntnisse ab-
zusehen“. Es ist „erforderlich“, verfügte
der Chef, daß ein hausinterner Bericht
über die Gefährlichkeit des TCDD
„auch im eigenen Kreis vertraulich be-
handelt wird und nicht benötigte Exem-

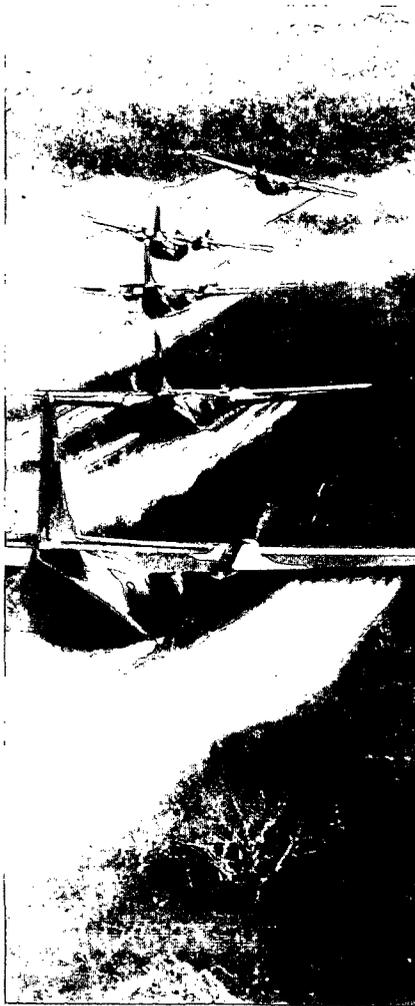
plare der Arbeit zurückgezogen werden“.

Mehr noch: In „geeigneter Weise“ müsse „Einfluß“ auf die BASF genommen werden, bei der schon 1953 zahlreiche Chlorakne-Fälle aufgetreten waren. Es sei, so Boehringer, notwendig, BASF-Wissenschaftler „von der Beschäftigung mit diesem Thema mit dem Ziele einer Veröffentlichung abzuhalten“ – was auch gelang.

Das Schweige-Komplott ermöglichte es der Firma Boehringer, weiterhin massenhaft HCH-Substanzen und 2,4,5-T-Grundstoffe herzustellen und unbeanstandet auf den Markt zu bringen – obgleich firmenintern bekannt war, daß zahlreiche Boehringer-Produkte und -Abfallstoffe die dioxintypische Chlorakne auslösen.

In den Personalabteilungen in Hamburg und Ingelheim füllten sich schon in den fünfziger Jahren Akten mit den Fällen von Dioxin-Opfern. In beiden Werken war es zu schweren Erkrankungen gekommen, in Ingelheim gab es sogar einen Krebstoten. Kranke wurden zur Kneipp-Kur nach Malente (Boehringer: „Ein preisgünstiges Angebot“) oder zur regelmäßigen Behandlung zu Hautspezialisten („Schälkuren“) geschickt.

Firmeninterne Papiere belegen, daß die „Albert und Helene Boehringer Unterstützungskasse GmbH“ notleidenden Kranken 200 Mark für die „Anschaffung von Mänteln, Anzügen und etwas Wäsche“ zahlte oder ihnen half, „verdorben Bettwäsche zu ersetzen“. Aktennotiz: „Diese Ausgabe steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Chlorakne.“



2,4,5-T-Einsatz, Produktionsstätte (u.)
„Günstige Verkaufssituation“

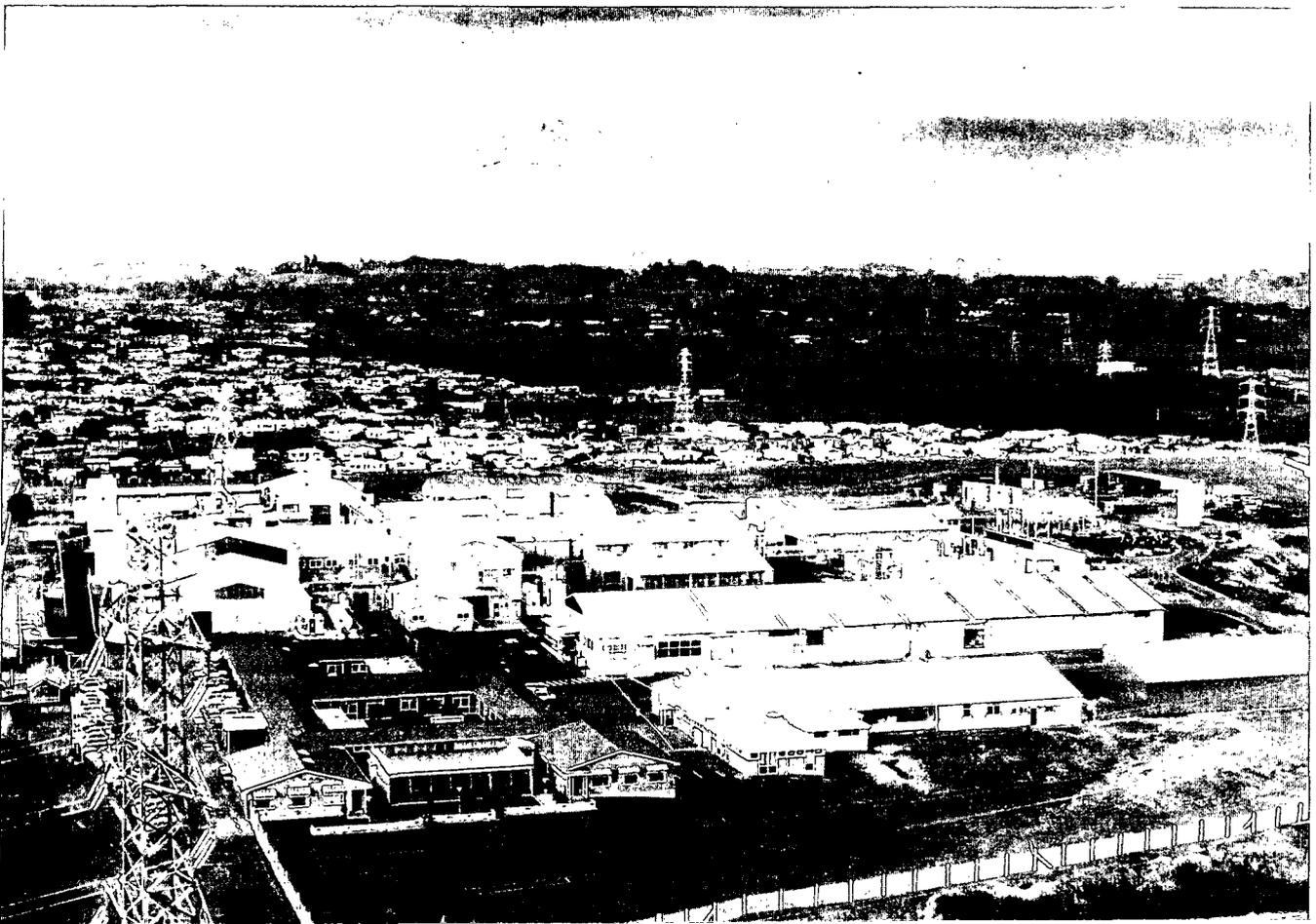
In Kenntnis der Risiken für die Arbeitnehmer setzte die Boehringer-Spitze die Produktion gefährlicher Stoffe fort, wie aus einer Hausmitteilung über das Insekten-Gift Phenothiazin hervorgeht:

Phenothiazin Casella H 98 0 wurde bisher sowohl als Rohware als auch in der Formulierung Fenavol-Pulver Z 7315 verarbeitet und abgepackt. Es verursacht beim Personal Schleimhautentzündung des Nasen- und Rachenraumes und der Augen, Hautschwellung im Gesicht und Rotverfärbung der Haare. Die Beeinträchtigung des Wohlbefindens tritt je nach Anfälligkeit in mehr oder weniger starkem Maße beim weiblichen Personal auf ... Totaler Schutz für Dauerbetrieb durch Klarsicht-Kopfhülle (Auergerät) mit Frischluftzuführung möglich, wird bei uns nicht benutzt, da der Aufwand für die kleinen Fertigungslose zu groß wäre.

Ein Besucher aus dem Ingelheimer Stammhaus setzte sich nach einer Visite in Hamburg lediglich dafür ein, daß Chemiewerker aus der HCH-Produktion kostenlos werkseigene „Unterwäsche und Arbeitskleidung“ erhielten – die Hanseaten sollten über die Boehringer-Bediensteten nicht länger die Nase rümpfen: „Es ist wohl gerade in Hamburg nicht tragbar, daß die Arbeiter der Firma Boehringer bereits durch ihren unangenehmen Geruch als Boehringer-Arbeiter erkannt werden.“

Wäre es schon damals zu den notwendigen Konsequenzen gekommen, einer Einstellung krank machender Produktionsprozesse, hätte Westdeutschlands Chemieindustrie womöglich auf ein höchst profitables Geschäft verzichtet

* Oben: Im Vietnamkrieg; unten: neuseeländische Chemiefirma Watkins-Dow.



müssen. Aus internen, mit dem Stempel „Streng vertraulich“ versehenen Unterlagen geht hervor, daß bundesdeutsche Unternehmen am chemischen Krieg der USA in Vietnam direkt oder indirekt mitverdient haben.

Zwischen 1962 und 1970 ließ das US-Verteidigungsministerium, ermächtigt durch Präsident John F. Kennedy, insgesamt 57 000 Tonnen des Entlaubungsmittels „Agent Orange“ in Vietnam versprühen. Hauptbestandteil der chemischen Waffe war 2,4,5-T, das als Verunreinigung Dioxin enthielt. Wissenschaftler führen die gestiegenen Krebsraten und Mißbildungsquoten bei Neugeborenen in Vietnam auf diesen Gifteinsatz zurück.

Der 2,4,5-T-Bedarf der Army war, wie die Dioxin-Fachautoren Hans-Joachim Dohmeier und Erich Janson in ihrem Buch „Zum Töten von Fliegen und Menschen“ schreiben, zeitweilig so groß, daß nicht nur die gesamte US-Produktion

in den sechziger Jahren in „großartigem Kooperationsgeist“ zusammen, wie ein Dow-Produktionsleiter lobte. Als ein Werk der amerikanischen C-Waffen-Fabrik 1964 wegen zahlreicher Chlorakne-Fälle schließen mußte und nach einem sichereren Produktionsverfahren suchte, half Boehringer mit Know-how.

Bei Treffen in Ingelheim im Dezember 1964 vereinbarten Manager von Dow, Boehringer und des Boehringer-Vertriebsunternehmens Cela die „Übergabe unseres Verfahrens zur Herstellung von 2,4,5-Trichlorphenol an Dow“. Nach Australien lieferte Boehringer in der Kriegszeit gleichfalls Chemikalien. So wurden 1968 rund 25 Tonnen Trichlorphenolatlauge an den 2,4,5-T-Produzenten Nufarm in Melbourne verschifft.

In vielen Boehringer-Vermerken über den Absatz von 2,4,5-T oder dessen Grundstoffen geht es um die militärische Auseinandersetzung in Fernost. „Solange der Vietnamkrieg andauert“, schrieb

„Hoffentlich ist die MÄNNER VOGUE nicht wieder so ein Herrenmagazin mit offenen herumliegenden Damen.“



Dioxin-Symposium in Hamburg*: „Unternehmen Sie sofort etwas“

dieser Substanz 1967 und 1968 aufgekauft wurde. Pentagon-Logistiker wandten sich zwecks Stoffbeschaffung auch an chemische Firmen verbündeter Staaten, etwa Neuseelands und Australiens, die in Vietnam auf US-Seite mitkämpften.

Die Firma Dow Chemical, damals einer der größten 2,4,5-T-Produzenten in den USA, unterhielt bereits in jenen Jahren gute Beziehungen zu dem neuseeländischen 2,4,5-T-Hersteller Watkins, der ihr heute mehrheitlich gehört. Boehringer lieferte während des Vietnam-Krieges an Watkins Hunderte Tonnen Tetrachlorbenzol und Phenolatlauge, Ausgangsstoffe für die Produktion von 2,4,5-T.

Auch mit dem Chemieriesen Dow in Midland/Michigan arbeitete Boehringer

* Mit dem US-Wissenschaftler Epstein (r.), am Mittwoch vorletzter Woche.

1967 ein Boehringer-Mann, „sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten.“

Im gleichen Jahr notierte ein Kollege, wie sich die 2,4,5-T-Hausse zusätzlich ausschachten lasse: „Die derzeitige günstige Verkaufssituation sollte ausgenutzt werden, um die Qualitätsanforderungen aufzulockern.“ Der Markt war so aufnahmefähig, daß Boehringer beispielsweise seinen Ausstoß von Tetrachlorbenzol von 280 Tonnen (Jahresproduktion 1960) auf 1197 Tonnen (1969) steigern konnte.

Auch andere deutsche und ausländische Firmen nutzten offenbar den Vietnam-Krieg, so das französische Unternehmen Progil, das während dieser Zeit im weitesten 2,4,5-T-Geschäft tätig war. Ein in den Boehringer-Akten abgeheftetes Schreiben, das die gemeinsame Vertriebsfirma von Boeh-



Dioxin-Sicherung in Hamburg-Georgswerder: „Menschen als Versuchskaninchen“?

ringer und dem Darmstädter Chemieunternehmen Merck (Celamerck) an den Hamburger Werksleiter Krum schickte, erhellt Zusammenhänge zwischen dem Leverkusener Bayer-Konzern, der Progil und dem Vietnam-Krieg: „Bayer und Progil haben auf dem 2,4,5-T-Sektor seit Jahren (Vietnam) eng zusammengearbeitet.“

Andere Aktenvermerke machen deutlich, warum die Celamerck-Leute sich so gut in internationalen Geschäften auskannten: Der Celamerck-Vorgänger Cela unterhielt zur gleichen Zeit wie Bayer Kontakte zu Progil; Cela verkaufte den Franzosen Hunderte Tonnen Trichlorbenzol. Allein in vier Herbstwochen des Jahres 1968 ließen die Franzosen 80 Tonnen der 2,4,5-T-Grundsubstanz bei Boehringer abholen.

Vom SPIEGEL zum Thema Boehringer und Vietnam befragt, blockte der Hamburger Werksleiter Krum ab: „Wir haben nichts zur Entlaubungsaktion in Vietnam beigetragen, wir sind nicht für die Entscheidungen der amerikanischen Armee verantwortlich.“ Fragen nach einem Zusammenhang zwischen Boehringer-Produkten und dem Einsatz von Agent Orange in Vietnam, so ein anderer Boehringer-Sprecher, seien „ein brücker Versuch, die Unternehmensstruktur offenzulegen“.

Bayer antwortete auf die SPIEGEL-Fragen behutsamer. Die Firma habe zwischen 1960 und 1971 jährlich „etwa 700 bis 800 Tonnen“ 2,4,5-T produziert, das aber ausschließlich in der Landwirtschaft eingesetzt worden sei. Ein Teil der Bayer-Produktion sei „an die Firma Progil“ geliefert worden; es bestehe „die Möglichkeit, daß Tochter-Unternehmen bzw. Drittfirmen 2,4,5-T-haltige Pflanzenbehandlungsmittel auf den amerikanischen Markt brachten“.

Im zivilen Bereich, soviel steht fest, verdient Bayer nach wie vor an dioxinhaltigen Produkten. Zwar stellte der Konzern 1976 die Herstellung von 2,4,5-T ein, doch die Lagerbestände von damals, erklärt ein Firmensprecher, „werden immer noch verkauft“. In Holzschutzmitteln der Bayer-Tochtergesellschaft „Desowag“ steckt Lindan, bei dessen Produktion Dioxine anfallen.

Und weil neben Boehringer jahrelang auch andere Chemieunternehmen HCH und verwandte Substanzen hergestellt haben, lassen Umweltpolitiker nun auch in anderen Regionen des Landes nach dioxinhaltigen Abfällen fahnden. In Hessen beispielsweise wird in der Gegend von Darmstadt gesucht, wo Merck seinen Firmensitz hat. Mindestens 500 Tonnen hochgiftiger Zersetzerrückstände aus der HCH-Produktion, vermuteten hessische Umweltschützer, „müssen irgendwo am Rhein liegen“.

Weil in Hessen nach demselben Verfahren wie bei Boehringer produziert wurde, gehen auch Merck-Manager davon aus, daß sich ihr Abfall als ebenso giftig erweist wie der Hamburger Chemiemüll: „Wenn das Dioxin bei Boehringer drin ist“, räumt ein Merck-Mann ein, „dann war es auch bei uns drin.“

Die Firmenleitung von Boehringer, die für ihr Hamburger Werk kaum noch Chancen sieht, will den Dioxin-Streit gleichwohl durch alle juristischen Instanzen ziehen – nicht für sich allein: „Es geht hier“, sagt ein Vorstandssprecher, „um die Zukunft der gesamten chemischen Industrie.“

Ende

Ein SPIEGEL-Buch über Dioxin, das auch eine erweiterte Fassung der SPIEGEL-Serie enthält, erscheint Anfang August.

„Offen gesagt, nein.“



Die MÄNNER VOGUE ist das Magazin für Männer, die neben Geld auch Geist genug besitzen, es stillvoll auszugeben.
Die Erstausgabe erhalten Sie ab 25. Juni im ausgesuchten Pressehandel.

Anmerkung der Redaktion: Sofern im Text der Eindruck entsteht, dass Boehringer Ingelheim tödliche Giftstoffe für den Vietnamkrieg geliefert habe, so lässt sich eine solche Lieferung nicht belegen. Boehringer Ingelheim stellt gegenüber dem SPIEGEL klar, dass sie niemals Agent Orange hergestellt oder durch Vorprodukte oder Grundstoffe zu dessen Herstellung beigetragen haben. Boehringer Ingelheim habe nur insofern vom Vietnamkrieg profitiert, als die Firma die Versorgungslücke auf dem zivilen Markt für Pflanzenschutzmittel schloss, die durch die T-Säure-Nachfrage im militärischen Bereich entstand. Im Text kann zudem der Eindruck entstehen, dass Boehringer Ingelheim Know-how für die Herstellung des Entlaubungsmittels Agent Orange geliefert habe. Tatsächlich stellt Boehringer Ingelheim gegenüber dem SPIEGEL klar, dass es keinen Know-how-Transfer zur Herstellung von T-Säure zu militärischen Zwecken gab. Boehringer Ingelheim hatte nach 1964 eine Lizenz für ein dioxinärmeres Herstellungsverfahren von T-Säure an Dow Chemical verkauft und war nach eigener Darstellung einige Jahre darauf bereit, sein Know-how auch für die Produktion von Agent Orange zur Verfügung zu stellen. Ein entsprechender Vertrag sei nach einem Rückzug von Dow Chemical jedoch nicht zustande gekommen.